

Uns liegt im Gegensatz zu dem, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, ein Arbeitsentwurf für einen zweiten Staatsvertrag - oder wie immer man das dann auch nennen mag - vor. In diesem Papier, was sehr unvollständig ist und teilweise nur aus Überschriften besteht, ist, bezogen auf die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, nur vom erweiterten Geltungsbereich des Rechts der europäischen Gemeinschaften die Rede, nicht aber von den eben aufgezählten Themen. Wir halten es für unabdingbar, diese in einen solchen Vertrag aufzunehmen. Niemand sollte dem Irrglauben folgen, der Beitritt der DDR nach Artikel 23 sei ausschließlich eine Sache der Deutschen. - Danke.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Poppe, gestatten Sie eine Anfrage?)

Bitte.

**Dr. Seifert (PDS):**

Kollege Poppe, gestatten Sie bitte eine Frage. Ich bin sehr froh, daß Sie den europäischen Aspekt so ausführlich betont haben, aber gehen Sie mit mir konform, daß es in der von Ihnen für nächste Woche angemahnten Regierungserklärung auch erforderlich wäre, sehr deutlich und konkret zu sagen, wie die DDR-Regierung meint, verhindern zu können, daß die Vereinigung auf Kosten der Dritten Welt geht; denn dieser Aspekt fällt hier fast ganz und gar unter den Tisch. Und ich glaube nicht, daß das in unserem Sinne sein kann.

**Poppe (Bündnis 90/Grüne):**

Ja, ich gehe mit Ihnen insoweit konform. Ich habe jetzt innerhalb dieser europäischen Aspekte die Verantwortung für die Dritte Welt nur beiläufig in einem Nebensatz erwähnt. Sie verdient sicherlich, hier ausführlicher besprochen zu werden. Und ich würde mir auch sehr wünschen, wenn die Konzeption, die die Regierung zum europäischen Einigungsprozeß vorstellt, sich auch auf dieses Thema der Politik gegenüber der Dritten Welt erweitern läßt.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Von der Fraktion der CDU/DA hat der Abgeordnete Bierling ums Wort gebeten.

**Bierling für die Fraktion CDU/DA:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben, so muß ich das für die Fraktion CDU/DA formulieren, ein eindeutiges Mandat erhalten, die Einheit Deutschlands zu verwirklichen. Ich bin froh darüber, daß der Grundkonsens hierzu über alle Fraktionen dieses Hohen Hauses hergestellt ist.

Der Problemdruck, den wir seit der Wende und seit unserer ersten freien Wahl von Woche zu Woche immer stärker spüren, macht zunehmend für die unterschiedlichen politischen Kräfte unseres Landes deutlich, daß uns der Einigungsprozeß alle drängt. Die Geschwindigkeit, in der sich dieser Prozeß vollzieht, ist gewiß eine Last für alle damit befaßten Politiker. Nicht nur wir in diesem Hohen Hause bekommen die starke Dynamik der ausgelösten Entwicklung zu spüren, die ständig dringenden Handlungs- und Entscheidungsbedarf schafft, um den Prozeß der deutschen Einheit möglichst in geordneten, gerechten und friedlichen Bahnen verlaufen zu lassen.

Erinnern wir uns aber hier des Gorbatschow-Zitats, das gleichsam am Schnittpunkt der Wende mahndend vor der selbstgefällig jubelnden SED-Führung stand:

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Dieses Wort gilt nicht minder heute im Blick auf die Lösung der Probleme, die mit unserer Einigung zusammenhängen. Es gilt aber auch für die außenpolitischen Aspekte, jenes prägnante

Wort unseres Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Lotar de Maizière, daß wir die Einheit so schnell wie möglich und so gut wie nötig zu bewerkstelligen haben. Zugegeben, es sind eminent komplizierte Probleme, geradezu ein Knäuel von Knoten an Problemen, die - in Jahrzehnten entstanden - sich angestaut haben, die es nun zügig zu entwirren und zu lösen gilt. Der Problemdruck fordert es, sich dieser Aufgabe zu stellen und entschlossen und phantasievoll an der Lösung der Probleme zu arbeiten. Es ist uns verwehrt, etwa wie zu Zeiten Alexanders des Großen den gordischen Knoten mit einem Schwertstreich zu zerhauen.

Wir haben uns zu erinnern, daß einer der wesentlichsten Anstöße für den Um- und Neuaufbruch bei uns und in den anderen Staaten Osteuropas in der Sowjetunion selbst die Erkenntnis war, daß heute die traditionellen machtpolitischen und militärischen Mittel beim Stand der modernen Waffentechnik ungeeigneter denn je geworden sind, Probleme unserer Welt zu lösen. Ein neues Denken in der Politik, das nicht Gegen-, sondern Miteinander, die gemeinsame Suche nach der Lösung von Problemen und Interessenkonflikten fordert, ist angesagt, weil eine noch so gestylte Machtpolitik - wir haben das ja selbst erfahren - nur in dem Ausweg gipfeln kann, die angestauten Probleme letztlich gewaltsam lösen zu wollen. Damit wird aber im Grunde nichts, werden auch nicht die eigenen selbstsüchtigen Interessen verteidigt, sondern unter den Bedingungen unserer Zeit kann damit nur alles, die ganze Welt zerstört werden.

Ich denke, wir können sehr dankbar sein, daß alle europäischen Nachbarn, die Siegermächte einschließlich der UdSSR, solche Einsichten tief beherzigen und das so vehement geäußerte Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unzweideutig anerkannt haben. Gorbatschow hat persönlich stets betont, daß die Sowjetunion dem Einigungsprozeß nichts in den Weg zu legen gedenkt.

Ähnliches gilt für alle Nachbarn, was im Blick auf deren Erfahrungen mit der relativ kurzen Geschichte eines einigen deutschen Nationalstaates und seinen verhängnisvollen Auswirkungen, den Millionen Toten zweier Weltkriege keineswegs selbstverständlich ist.

Meine Damen und Herren! Die unbestrittene Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes, der möglichst rasche Beitritt der Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes ist unser souveränes Recht. Dieser Schritt in die deutsche Einheit geschieht jedoch nicht auf einer einsamen Insel, sondern mitten im jahrzehntelang in Ost und West geteilten Europa. Dies stellt besondere Anforderungen an unser Augenmaß.

Aus der mehr als 40jährigen Schicksalsgemeinschaft mit den Völkern Osteuropas erlegt es uns besondere Verpflichtungen auf. Es wird unsere besondere Verpflichtung sein, die Kluft zwischen Ost- und Westeuropa überbrücken zu helfen, damit Europa künftig nicht nur ein geographischer, sondern auch ein politischer Begriff und dies bei Deckungsgleichheit beider Bedeutungen werden kann. Kein europäischer Staat einschließlich der Sowjetunion darf künftig draußen vor der Tür Europas bleiben. Aus dieser unserer Pflicht ergeben sich aber andererseits bei unseren östlichen Nachbarn besondere Erwartungen, die zu fördern und mitzutragen sind, denen wir uns im ureigensten Interesse in besonderer Weise verpflichtet wissen müssen.

Das Gebiet der heutigen DDR wird durch den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland Bestandteil eines wichtigen NATO-Mitgliedes sein. Andererseits geht es zugleich dem Warschauer Pakt als ebenso wichtiges Mitglied, als viel apostrophierter Vorposten, verloren. Im Rückblick auf unsere jüngere Geschichte könnte gar die Besorgnis und der gegen Gorbatschow derzeit immer stärker gerichtete Vorwurf in der Sowjetunion Nahrung bekommen, Ostdeutschland als Pfand des Sieges der Sowjetunion im 2. Weltkrieg sich entgleiten zu lassen und so auf kaltem Wege zum Verlierer zu werden.

Alle Vorschläge der Sowjetunion, die ihre Sicherheitsinteressen berührenden bündnispolitischen Probleme der deutschen Einheit zu lösen, sind letztlich mit dieser widersprüchlichen Si-